

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 80 J., 1/2jährlich 1.50 J. per annum frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.66 J.

„Die Neue Welt“ (Anzeigerbeilage), durch die Post nicht bezugsbar, kostet monatlich 10 J., vierteljährlich 30 J.

Volkshochblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreise, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof parterre rechts. Telegramm-Adresse: Volkshochblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047

Nr. 175

Halle a. S., Freitag den 30. Juli 1897.

8. Jahrg.

Diejenigen Genossen, welche keinen Steuerzettel erhalten haben, deren Einkommen aber zwischen 660 und 900 M. beträgt, mögen sich unverweilt auf dem Rathhause Zimmer Nr. 16 melden, damit sie ihres Wahlrechts nicht verlustig gehen.

Volkshochschulen.

Die Berliner Volkszeitung schreibt: Nachdem der Senat der Berliner Universität, wie bekannt, die Ein- und Aufnahme von namhaften Dozenten, nach englischer Muster eine Hochschule-Ausbildung (University extension) zu schaffen, abgelehnt hat, welche bildungsfeindliche That so recht das Hauptziel unserer Universitätslebens bezeichet, ist es von dieser Seite still geworden. Der preussische Staat ist wieder einmal gerettet unter dem schmerzlichen Beifall der Kreuzzeitung und anderer gesinnungsbekannteren Organe, die sich schon darüber entrüstet, daß in den „Schulpalästen“ Dilettanten so „ungeheuer viel“ gelernt wird.

Glücklicherweise sind aber nicht alle Menschen im Vaterlande gleich zufrieden mit dem Stande unserer Volksbildung. Das Land der „Kaisern und Schulen“ hat es für erforderlich gehalten, das erlangte „Kulturbedürfnis“ die Kaisern, bei weitem liebevoller zu pflegen, so daß unter Schulweilen, wie allen von Fachautoritäten anerkannt wird, stark ins Hintertreffen geraten ist. Allein der deutsche Idealismus lebt noch fort und er ist verkörpert auf diesem Gebiete durch die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Nachdem die Volks-Zeitung über die in der letzten Hauptversammlung dieser Gesellschaft (am 8. und 9. Juni d. J. in Halle) gehaltenen Referate berichtet hat, können wir nunmehr auf die Verhandlung über die Volkshochschulen näher eingehen, da deren Wortlaut veröffentlicht ist. Besonders bemerkenswert ist das Referat des Herrn Dr. Max Hirsch, es liefert eine durchaus vollständige, wenn auch in knappen Rahmen gehaltene Darstellung und Kritik der verschiedenen Systeme von Volkshochschulen in den einzelnen Ländern.

Eine Volkshochschule soll eine ländliche Lehranstalt zur Darbietung systematisch zusammenhängender Vortragsreihen aus den hauptsächlichsten Wissensgebieten für alle sein, die nach gründlicher Belehrung verlangen. Im Zulassungswesen wird der populären wissenschaftlichen Fachliteratur, im festen Sinne auf diese und durch deren esoterische Beschaffung für die Hörer könnte das hohe Ziel erreicht werden, welches derselbe ein Hauptziel unserer Zeit bilden wird. Unsere Epoche hat mit dem Grundriß der Begründung von Lehre und Leben auf die Autorität gebrochen, das jedoch nur einer Minderzahl des Volks und so gut wie gar nicht dem weitaus größten Teil der Bevölkerung. Die tatsächliche Möglichkeit gegeben ist, ihre Werte und Lebensentfaltung auf die feste Grundlage der Wissenschaft zu stellen. Daher das Schwanen unserer Zeit von Extrem zu Extrem. Inwiefern sie, wie der Referent ausführt, als sicher anzunehmen, daß die Erforschung von Regel, Weisheit und Zusammenhang der Erscheinungen auf die Dauer unanfällig zu höherer Reife der sittlichen und praktischen Weisheit führen könne.

Ausbeobachtet die Erhöhung des Bildungsstandes unseres Volkes nötig auf sozialen und politischen Gebiete. Sie bildet gerade für die Anfänger des Reichstagswahlrechts dessen Ergänzung. Schmolzer sagt: der letzte Grund aller sozialen Gefahr liegt nicht in der Differenz der Besitzverhältnisse der Bildungsgenossen, sei durchaus zutreffend, wenn gleich Sozialreformen zu Gunsten der Arbeiter eher zu erlangen und daher dringlicher seien. Andererseits ständen diese Bildungsformen zu Gunsten der Arbeiter eher zu erlangen und daher dringlicher seien. Andererseits ständen diese Bildungsformen zu Gunsten der Arbeiter eher zu erlangen und daher dringlicher seien. Andererseits ständen diese Bildungsformen zu Gunsten der Arbeiter eher zu erlangen und daher dringlicher seien.

Als einzelne nationale Typen der bestehenden Volkshochschulen bezeichnet der Referent einmal die ältesten, die dänischen. Schon 1844 begründet hauptsächlich für Bedürfnisse der Landbevölkerung, bestanden heute etwa 80 mit 3500 Schülern, während des Winters und 2300 im Sommer, bei einer Gesamtbevölkerung von 2 1/2 Millionen ein sehr bedeutender Erfolg. Daneben gibt es noch eine Reihe von speziellen Anstalten für Gartenbau, Malerei, Haushaltung u. d. Hochschule zu Kefow und Jütland, aus welcher der größte Teil der Volkshochschullehrer hervorgeht. Bei allen Vorzügen zeigt dieser Typus mehr die charakteristischen Züge von höheren ländlichen Vorbildungsinstitutionen — freilich in einem für Deutschland unzureichenden Maße. Norwegen, Schweden und Finnland haben dieses System adoptiert.

Dagegen geht die englische Volkshochschule durchaus von den Universitäten aus, wie schon ihr Name: University extension andeuten. Nur in London besteht eine besondere Gesellschaft behufs Organisation der Volkshochschulfrage, die sich jedoch den beiden alten Universitäten Cambridge und Oxford unterordnet. Von den Sigen der Universitäten aus werden auch in anderen Orten Vorträge gehalten, die entweder „lange“ von zehn bis zwölf Stunden oder „kurze“ von etwa sechs Stunden sind. Weiter gibt es dabei noch einen Syllabus, d. h. eine eingehende Inhalts- und Literatur-Ausgabe, eine Beipredung der Gegenstände des Vortrags, Aufträge darüber, Prüfungen und auf Wunsch Zeugnisse. Die Erfolge sind sehr bedeutend. In den sieben Jahren 1887 bis 1893 stieg die Zahl der Examen (Vortragsreihen) von 200 auf 700, die Zahl der Hörer von 30000 auf 57000. Die Kosten sind sehr hoch, so daß die reichen Universitäten ausschließliche Zuschüsse geben müssen und neuerdings der Staat in Anspruch genommen werden soll. Nach dem Urteil des Referenten stehen diesen glänzenden Erfolgen innere Schwächen gegenüber, so namentlich die Mangel an selbständigen örtlichen Organisationen für diese Zwecke, wodurch starke Schwankungen in dem Besuch eintreten, die übertriebene Bewertung von Zeugnissen und Diplomen. Dieses System ist der geringen Zahl von englischen Universitäten und höheren Mittelschulen angepaßt. Unseres Wissens übrigens ist es zuerst in den Vereinigten Staaten entstanden, wo jedoch seine Erfolge nicht so unbestrittene und jedenfalls weniger augenfällige sind. Auf dem Kontinent hat es zunächst Belgien und neuerdings Oesterreich (seit Oktober 1895) mit äußerst guter Wirkung eingeführt, im Winter 1896/97 wurden in Wien 57 Examen von 7313 Hörern bezeugt.

Als letzter eigenartiger Typus von Volkshochschulen ist das deutsche System hervorzuheben, welches in der im Jahre 1878 gestifteten Humboldt-Akademie zu Berlin ebenfalls außerordentlich günstige Erfolge aufzuweisen hat. Es beruht auf absoluter Lehr- und Lernfreiheit unter Beweibung jeder Scholastik und ist vom Staate wie von der Universität durchaus unabhängig. Die sehr beachtliche Steigerung der Hörerzahl in den Jahren 1881 bis 1896 von 536 auf 5117 ist bemerkenswert. Auch mehr die Mitteilung des Vortragenden, daß die Zahl der an den Kursen teilnehmenden Arbeiter sich beträchtlich vermehrt hat, besonders bei Errichtung einer Zweiganstalt in dem Arbeiterviertel (Königsplatz) gegen sehr mäßiges Honorar (50 Pf. für eine lehrstündige Vortragsreihe).

Der Referent hält diese freie Organisation für die vorteilhafteste. Wie möchten demgegenüber betonen, daß bei dem Urteil darüber die Gestaltung der Schulorganisation, insbesondere der Hochschulen, das entscheidende Moment ist. Der nun das deutsche Universitätswesen als Institution unheilbar verkommenen Mandarinentum verfallen ist, stehen wir nicht an, der freien, unabhängigen Organisation von Volkshochschulen unter den gegebenen Umständen unsere volle Sympathie zuzuwenden. Schon sind Frankfurt a. M., Königsberg, Breslau, Leipzig, Jena und München in diesem Fußstapfen getreten mit ganz außerordentlichem Erfolge.

Tagesgeschäfte.

Daß die neueste Forderung der Agrarier, trotz der Zurückhaltung der konservativen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, durch die Erklärung v. Miquels aus der Welt geschafft sei: das anzunehmen, wäre eine gefährliche Illusion. Man kann nur sagen, daß die Konservativen, die ja doch fast sämtlich Mitglieder des Bundes sind, bisher Bedenken getragen haben, sich für diesen verfeinerten Antrag Komitz zu erklären. Gegen die Forderung hat trotz ihrer Aussenständigkeit niemand gesprochen, was um so auffälliger ist, als die konservativen Zeitungen dieselbe unumstößlich als unbedenklich erklärt haben. Herr Dr. Hahn hat auch bereits die Form gefunden, in der die Forderung den Mitgliedern des Bundes mündgerecht gemacht werden soll. Am 18. Juli hat eine Versammlung des Bundes der Landwirte in Alfeld und zwar unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Sommer, folgende Resolution beschlossen:

„Die heute in Alfeld tagende Versammlung des Bundes der Landwirte spricht ihre Freude aus über die Eingabe des Bundesvorstandes an den Herrn Reichstag bezüglich des vorläufigen Einabredens für fremdes Getreide bis zur Verteilung eines mittleren mäßigen Preises und erklärt es für Pflicht des nationalem Staates, die Getreidepreisdämpfung nicht lediglich sich selbst, bzw. den maßgebenden Einflüssen der Spekulation zu überlassen, sondern sie in einer zugleich den

Infektionsgebühr beträgt für die hygienische Fertigkeit oder deren Stamm 15 J., für Wohnungsgewerbe- und Veranlagungsgebühren 10 J. Im rechnerischen Falle kostet die Seite 50 J. Interale für die halbe Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein. Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7369.

Interessen der Produktion und der Konsumtion gerecht werden. Der Bund der Landwirte will uns mit einem einzigen Sprünge in den Zukunftsfuß treten — sogar über den Zukunftsfuß hinaus, denn nicht Produktion und Konsumtion, sondern gleich der Preis soll geregelt werden. Angesichts der in Alfeld einstimmig gefassten Resolution will es nicht befremden, daß die Eingabe an den Reichstag von den Herren Dr. Hahn, Dr. Köhne und v. Pögg verfaßt, abgehandelt, veröffentlicht und in der bekannten Weise vertreten worden ist, ohne daß auch nur die leitenden Vertrauensmänner der Provinzial-Organisationen vorher davon in Kenntnis gesetzt worden sind. Wären sie in Kenntnis gesetzt worden, so hätten sie ihre Zustimmung gewiß erteilt.

500 000 Mark kostet den preussischen Steuerzahlern die durch die Vereinsgesetz-Kommission verursachte Verlängerung der Landtags-Sitzung.

Die Reichstagswahlen werden bereits ihre Schatten voraus. Leipzig, wo sich bei der letzten Hauptwahl die Nationalliberalen und die Antimietern eigene Kandidaten leisteten, wird für die nächste Wahl um einen Kandidaten reicher werden. Die Krämer-Vereinigung gegen die Konsumvereine will, da der Provinzial-Organisationen vorher davon in Kenntnis gesetzt worden sind, Wären sie in Kenntnis gesetzt worden, so hätten sie ihre Zustimmung gewiß erteilt.

Der Polizei-Agent Raporra in Danzig, der auch mit der Beaufsichtigung der dortigen politischen Vereine betraut gewesen, ist dem Richter zufolge zum Kriminal-Kommissar ernannt worden. Gleichzeitig mit dieser Ernennung hat Raporra seinen bisherigen Namen in „Rapowski“ umgewandelt. Keine Namensänderung kann die Leistungen des Herrn Raporra in der Zeit des Sozialistengesetzes in Verlesenschaft bringen.

Militarisierung des Postwesens. Wer die neueste Ernennung von vier Offizieren zu Postdirektoren für eine Reue hält, ist im Irrtum. In Preußen gab es vor dem Uebergang des Postwesens auf den Norddeutschen Bund und das Deutsche Reich eine bestimmte Anzahl von Postämtern erster Klasse, deren Vorgesetzter (Postdirektoren) Stellen nur aus ausbelehrtungsbedürftigen Offizieren besetzt werden durften, und das ist auch geblieben. Im Reichspostgesetz gibt es, und zwar nur in den Provinzen, die Preußen vor 1866 besaß, nicht in den „einerzählten“ Provinzen und in den übrigen zum Reichspostgebiet gehörigen Ländern, eine bestimmte Anzahl von Offizieren Postämtern, die sich auch nur in solchen Städten befinden. Wenn zum Verfall der Verträge in einer solchen Stadt in Alfeld, das man es für besser hält, die Bewaltung des Postamtes einem Postbeamten zu übertragen, so wird irgend ein anderes Postamt I zu einem Postamt gemacht. Mit unversicherten Verhältnissen bleibt immer das Offizierpostamt in derselben Stadt. Die Offiziere haben teils irgend einen Postamt einen mindestens einjährigen Probe dienst zu verrichten und müssen den gemeinen Post- und Telegraphendienst erlernen. Dann werden sie zu einer Prüfung zugelassen, und falls sie diese bestehen, wird sie ein einleitender Befehl der Postdirektion eines Offizierpostamts zu demselben übertragen. Zum Postdirektor werden sie erst ernannt, wenn sie sich dazu befähigt gezeigt haben. Herr v. Pögg ist es, der leicht gemacht worden. Die Straßburger Post gibt eine ästhetische Darstellung, aus der noch erwähnt sei, daß große Postämter, wie Gera, Regensburg, an Oberpostämtern und Majore a. D., ganz kleine an Postämtern a. D. versehen werden; auch diese Postdirektoren haben sich in den letzten Jahren auf einen postförmigeren — Oberstabsärzte (immer besser) bebunden. Nach dieser Darstellung ist für die Neuerungen allerdings nicht Herr v. Pögg allein verantwortlich zu machen, sondern sie sind eine Konsequenz des bisherige System. Es ist aber sehr erklärlich, daß die Erweiterung von Postämtern für veraltete Offiziere von den Postbeamten höchst unangenehm empfunden wird.

Die europäische Kontrolle über die griechischen Finanzen wird von Berlin aus in vollem Maße betreibt, und wir glauben annehmen zu dürfen, daß die erwähnte den Vorhug dieser bestimmten Maßregeln in Erwägung stehen werden.

Großindustrielle, bei letztem Schwanke in Traud, brauchen ihr Verarmung nicht anzunehmen. In Dülstedt hatten die rheinisch-westfälischen Großindustriellen sich zu einer Kundgebung für die Preteranzbestimmungen zum Vereinsgesetz zu-

